

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**erscheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anrecht auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1929: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp.; Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhühndorf, Bietinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Uchtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 119

Sonnabend, den 25. Mai 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Wohnungsnotzählung

Um neue Unterlagen für seine Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu erhalten, hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Zählung der Wohnungssuchenden angeordnet. Alle Wohnungssuchenden haben nach dem Stand vom 31. Mai einen Aufnahmebogen auszufüllen und bis zum 4. Juni an den Stadtrat — Wohnungsamt — zurückzuliefern. Von Wohnungssuchenden, die keinen ausgefüllten Aufnahmebogen einreichen, wird angenommen werden, daß sich ihr Wohnungsgesuch erledigt hat; sie haben deshalb zu gewärtigen, daß sie in der Wohnungsliste gestrichen werden.

Den uns bekannten Wohnungssuchenden haben wir Aufnahmebogen zur Ausfüllung

zugestellt. Diejenigen Wohnungssuchenden, die den Aufnahmebogen nicht erhalten haben, werden aufgefordert, ihn im zuständigen Einwohnermeldeamt abzuholen.

Da es die Aufgabe der Zählung ist, festzustellen, wieviel Wohnungen zur Deckung des Bedarfs neu erstellt werden müssen, sind bei der Zählung alle die Fälle ohne Interesse, in denen jemand bereits eine einigermaßen betriebsfähige Familienwohnung inne hat und die Wohnung nur zu tauschen wünscht; denn dann steht seine gegenwärtige Wohnung zur Unterbringung eines anderen Wohnungssuchenden zur Verfügung. Fälle dieser Art werden bei der Zählung nicht weiterbearbeitet werden; die Ausfüllung der Aufnahmebogen ist also zwecklos.

Pulsnitz, am 25. Mai 1929.

Der Stadtrat.

## Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Die verflachte deutsche Wirtschaft. — Fortschreitender Industrieausverkauf. — Rekordziffern der deutschen Ausfuhr und trotzdem passives Handelsbilanz. — Vermehrte Ausfuhr oder verringerte Einfuhr als Hilfsmittel?

Während in Paris die ausländischen Sachverständigen immer unerschütterlicher ihre wahren Absichten zeigen, die darauf hinzielen, die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu untergraben, schreibt im deutschen Inland der Prozeß der Ueberfremdung unserer Industrien immer weiter fort. Die kapitalkräftigen Ausländer bringen immer neue deutsche Wirtschaftsbetriebe in ihren Besitz. Die tschechische Firma Bata, die gefährlichste Konkurrenz für die deutsche Schuhindustrie und das Schuhmachergewerbe, hat in der Berichtwoche wiederum drei Filialen der bekannten Hamburger Schuhfirma Stiller & M. H. aufgekauft. Nachdem der tschechische Bata durch systematische Preisunterbietung in den letzten Jahren den deutschen Markt in immer größerem Umfang mit seinen billigen Massenschuhen überschwemmt hat und Deutschland heute bereits ein Schuhfahrland großen Stils geworden ist, während es vor dem Kriege ein reines Schuhfahrland dank seiner anerkannten Qualitätsleistungen auf diesem Gebiet war, gehen die Tschechen jetzt dazu über, mit Hilfe ihres Kapitalüberflusses in Deutschland selbst eigene Produktions- und Absatzstätten einzurichten. Auf diese Weise wird dem deutschen Schuhgewerbe, das seine ausländischen Absatzgebiete infolge der gestiegenen Auslandskonkurrenz bereits größtenteils verloren hat, auch der inländische Absatzmarkt immer mehr entzogen. Der Käufer, angelockt durch die billigen Preise, läßt sich zur Anschaffung des billigen tschechischen Schuhs im Augenblick verleiten und vergißt dabei, daß er für den billigeren Preis auch nur eine minderwertigere Qualität erhält, so daß er in kurzem wieder neue Schuhe kaufen muß.

Auch die deutsche Kugellagerindustrie, ein seit achtzig Jahren bei uns heimischer Wirtschaftszweig, der die zum reibungslosen „Rollen“ der Fahrzeuge (Automobile, Lokomotiven, Waggons) notwendigen Kugellager herstellt und seine Hauptstütze in Schwaben hat — die Cannstädter Firma S. K. F. — Norma befindet sich schon seit langem überwiegend im Besitz des großen schwedischen Kugellagerkonzerns S. K. F. in Göttingen, der ganz und gar unter dem Einfluß des schwedischen Zündholzkönigs Ivar Kreuger steht — wurde in diesen Tagen gleichfalls an den schwedischen Konzern S. K. F. verkauft. Damit ist es den Schweden, die bereits in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Rußland die bestehenden Kugellagerfabriken aufgekauft und eigene daneben errichtet haben, gelungen, heute bereits mehr als die Hälfte der Kugellager-Weltproduktion an sich zu bringen. Der Aufkauf deutscher Industrien durch das kapitalstarke Ausland, dem es ein leichtes ist, die unter Kapitalmangel leidenden deutschen Wirtschaftsbetriebe billig zu erwerben, hat in den letzten Jahren geradezu katastrophale Ausmaße angenommen. Mehr als 70 Prozent der deutschen Delmühlen- und Margarineindustrie befindet sich in holländischem Besitz; England und Amerika beherrschen die deutsche Grammophon-, Schallplatten-, Papier- und Zellstoffindustrie, Amerika und Italien die heimische Auto- und Schloßindustrie, Belgien die Glas- und Korkindustrie, Schweden die Zündholz- und Kugellagerbetriebe, die Schweiz die deutschen Schokoladenfabriken (Carotti A.-G.), Luxemburg die westdeutsche Kabelindustrie; die elektrotechnische Industrie, Rasierklingen- und Rasierapparate-Fabriken, an all diesen Werken sind die ausländischen Großkonzerne maßgeblich beteiligt. Die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, liegen auf der Hand: die riesige Tributbelastung hat eine Kapitalnot größten Umfangs in Deutschland hervorgerufen und damit dem Ausland den Aufkauf deutscher Werke so leicht wie möglich gemacht.

Die deutsche Außenhandelsbilanz zeigt im April eine Rekordausfuhr. Mit einer Ausfuhr im Werte von 1164 Millionen ist ein so günstiger Stand erreicht, wie wir

## Prüfung des Gläubiger-Memorandums in Berlin

Man sieht die Lage als sehr kritisch an

Die Berliner Presse zur Ablehnung der alliierten Forderungen durch die deutschen Sachverständigen  
Dr. Schacht erklärt: Bis hierher und nicht weiter!

Berlin. Das Memorandum, mit dem die Gläubigerstaaten die deutschen Vorbehalte beantwortet haben, ist in Berlin augenblicklich Gegenstand der Erörterungen zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Reichsfinanzministerium und dem Reichswirtschaftsministerium. Der Reichszankler ist am Freitag nachmittag über den Inhalt des Memorandums unterrichtet worden. Man wird aber in Berlin keine politischen Beschlüsse fassen, und zunächst den Sachverständigen freie Hand lassen.

Man sieht auch in Berlin im Augenblick gar keinen Weg irgendeiner Lösung des neuen Konfliktes und betrachtet die Lage als außerordentlich ernst. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Einigung scheinen vollständig erschöpft zu sein. Es bleiben also nur politische Möglichkeiten, deren Kreis aber auch recht eng ist.

### Die Pariser Konferenz auf dem toten Punkt.

Verzögerung der Verhandlungen wegen der englischen Wahlen? — Die Gläubigerstaaten bleiben unnachgiebig.

Paris. Trotz der ununterbrochenen Aussprache zwischen den Delegierten der Gläubigerstaaten und den deutschen Vertretern ist es noch nicht gelungen, die Lage zu klären oder gar eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte vorzubereiten. Es hat den Anschein, daß die englischen Wahlen, die am 30. Mai stattfinden, lähmend auf die Konferenz wirken. Es liegt nahe, daß die Engländer nicht unmittelbar vor dem Wahltage eine Entscheidung herbeiführen wollen.

Aus den großen Pariser Informationsblättern wird klar ersichtlich, daß die tiefgehenden Differenzen in vollem Umfang weiter bestehen. Die Alliierten halten mit eiserner Hartnäckigkeit daran fest, daß Deutschland in 37 Jahreszahlungen von je

25 Millionen Mark über die offizielle von Young vorgeschlagene Jahresrate hinaus

die während des Krieges in Belgien zurückgelassenen Markbeträge einlösen soll. Sie haben sich anscheinend der Brüsseler Regierung gegenüber verpflichtet, ohne die endgültige Liquidierung dieser Streitfrage kein Abkommen mit Deutschland zu treffen.

Mit der gleichen Verbissenheit bestehen die Gläubigerstaaten darauf, daß die

Zaweszahlungen bis zum 31. Dezember dieses Jahres weitergeführt

und auf diese Weise eine erste Young-Annullität von 2300 Millionen Goldmark von uns geleistet wird. Die Einwände der deutschen Delegation beantwortet die Alliierten damit, daß die Reichsregierung in ihrem diesjährigen Etat für eine Zahlung von 2500 Millionen Goldmark Vorsorge getroffen habe, also 200-Millionen einsparen würde. — Der Rücktritt Dr. Böglers hat in Paris keine Sensation ausgelöst, da man schon seit längerer Zeit auf dieses Ereignis vorbereitet war.

### Zur Ablehnung der alliierten Forderungen durch die deutschen Sachverständigen

Berlin, 25. Mai. Zu der Klärung in den Pariser Verhandlungen, die durch das „unmöglich“ der deutschen Sachverständigen herbeigeführt worden ist, nehmen nur wenige Berliner Blätter redaktionell Stellung, aber in ihren Pariser Berichten kommt allgemein zum Ausdruck, daß

die Alliierten durch ihre unmöglichen Rechenkunststücke eine Einigung unmöglich gemacht haben. Der „Lokalanzeiger“ spricht die Hoffnung aus, bald aus Paris zu hören, daß hinsichtlich der deutschen Vorbehalte die nötigen Feststellungen getroffen sind und unsere Delegierten ihr Mandat damit als erfüllt ansehen. Jedes Mehr werde ein Weniger bedeuten. Der „Börsenkurier“ sagt, wie immer auch die Klärung in der Frage der Vorbehalte ausfallen werde, die Deutschen würden mit gutem Gewissen behaupten können, daß sie nicht an die äußersten Grenze ihrer Zugeständnisse gegangen seien. Eine Einigung hält das Blatt kaum noch für möglich. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, trotzdem der Außenstehende den Eindruck gewinnen könnte, daß die Konferenz vor die letzte entscheidende Alternative gestellt sei, werde man sich gleichwohl auch heute noch mit Rücksicht auf die zahllosen Wendungen, Wandlungen und Schwankungen der Konferenzgeschichte und auch der deutschen Delegation nicht zu Voraussetzungen entschließen können. Darüber, daß sowohl Deutschlands Interesse, wie Deutschlands Würde die Ablehnung der Zumutung der Alliierten und das Festhalten zu mindestens an der letzten von der deutschen Delegation eingenommenen Stellung gebiete, bestehe kein Zweifel. Sehr erhebliche Zweifel dagegen beständen, ob selbst der Young-Plan geeignet sei, die deutschen Lebensinteressen sicher zu stellen.

### Trostlose Bilanz der Landwirtschaft.

Berlin. Anlässlich der ordentlichen Generalversammlung der Bank für Landwirtschaft, in der die Jahresbilanz für 1928 einstimmig angenommen wurde, äußerte sich der Aufsichtsratsvorsitzende und frühere Präsident des Reichslandbundes Graf Eberhard v. Kalckreuth über die augenblickliche Lage der Landwirtschaft äußerst pessimistisch. Er führte aus, daß

anzureichende Preise für fast sämtliche landwirtschaftlichen Produkte trotz guter Gesamternte das Ergebnis ungünstig beeinflusst haben, und daß die landwirtschaftliche Bilanz vom 1. Juli 1929 voraussichtlich noch trüber aussehen wird als die vor einem Jahr. Das Problem der Absatzregulierung, das erfreulicherweise in allen landwirtschaftlichen Kreisen das nötige Verständnis gefunden habe, werde nur gelöst werden können, wenn man durch gesetzliche Maßnahmen die wahllose Einfuhr ausländischer Waren verhindern kann. Das von den Förderern der Landwirtschaft vorgeschlagene

Programm der Bauernfront verspreche nach Ansicht des Redners einen gangbaren Weg zum Schutze der deutschen Landwirtschaft. Es sei nur zu hoffen, daß Reichstag und Reichsregierung Mut und Entschlußkraft fänden, diesen Weg zu beschreiten.

### 125 Millionen als Ueberbrückungskredit für das Reich.

Die Berliner Banken haben dem Reich auf die neue Reichsanleihe 125 Millionen Mark als Ueberbrückungskredit gegeben. Der Kredit ist abzudecken, sobald das Reich den Erlös aus der Silberling-Anleihe erhält. Der Kredit wird spätestens fällig am 25. Juli. Der Zinsfuß beträgt 8,50 Prozent; hinzu kommt eine Provision von 0,12 Prozent. Diese bedeutet, auf 1 1/2 Monate berechnet, eine weitere Belastung von 1 Prozent, so daß insgesamt 9,5 Prozent zu zahlen sind.

